

Ortlieb, Heinz-Dietrich

Article — Digitized Version

Lebenslüge oder Beschwörungsformel?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Ortlieb, Heinz-Dietrich (1974) : Lebenslüge oder Beschwörungsformel?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 54, Iss. 10, pp. 498-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134736>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Heinz-Dietrich Ortlieb

Lebenslüge oder Beschwörungs- formel?

Je mehr sich die Polarisierung in unserem öffentlichen Leben zuspitzt, je unauflöslicher unsere Gruppenkämpfer die Zielkonflikte machen, desto häufiger berufen sich nicht nur Ver-

treter von Regierung und Opposition auf den mündigen Bürger. Es ist schwer zu sagen: handelt es sich dabei um eine Beschwörungsformel oder um eine Lebenslüge, ohne die man nicht mehr in die Zukunft zu blicken wagt?

Ist eine solche Mündigkeit überhaupt vorhanden und woher sollte sie eigentlich kommen? Sie ist in unserer Bundesrepublik nie durch Bewährungsproben in Anspruch genommen worden; und vor allem haben die verantwortlichen Entscheidungsträger unserer Gesellschaft sie nie beispielhaft vorgelebt. Eine Mündigkeit der Bürger kann sich aber nicht ohne die Mündigkeit ihrer Führung herausbilden; und zur Führungsmündigkeit gehört es, einem Volk die ganze Wahrheit, auch ihre unangenehme Seite, zuzumuten, und nicht aus machtpolitischem Zweckoptimismus um sie herumzureden.

Im ersten Jahrzehnt unseres Wiederaufbaus faszinierte die ständige Einkommens- und Konsumsteigerung, die mehr oder weniger allen zugute kam, genügend, um von der unterschiedlichen Vermögensbildung abzulenken. So wurde diese Schattenseite marktwirtschaftlicher Vorzüge nicht rechtzeitig zur Kenntnis genommen und weder so weit wie möglich vermieden noch als unvermeidliches Übel akzeptiert. Auch blieb unklar, daß das wirtschaftliche Wachstum nicht nur auf eigener Leistung, sondern auch auf einmalig günstigen weltwirtschaftlichen Bedingungen, auf dem Abbau vorhandener Ressourcen und auf der Vernachlässigung der Infrastruktur beruhte, daß man also auf Kosten der Zukunft lebte. So konnte sich jeder mit seiner staatsbürgerlichen Mündigkeit darauf beschränken, sich um sein eigenes Fortkommen zu kümmern.

Der steigende Lebensstandard wurde zur Selbstverständlichkeit. Die Ansprüche wuchsen; und als die Rechnung für

die unterlassenen öffentlichen Investitionen und Reformen nicht länger unbeglichen bleiben konnte und sich gleichzeitig die weltwirtschaftlichen Umweltbedingungen zu verschlechtern begannen, war kaum noch jemand fähig zu begreifen, weshalb man nicht so weiterleben konnte wie bisher.

So trat die SPD eine Erbschaft an, die sie zwar nicht eingeleitet, aber als leisetretende Opposition doch mitverschuldet hatte. Ihr erster Kanzler, wie Adenauer absorbiert von der Außenpolitik, erkannte nicht einmal den vollen Ernst der Lage. Er begriff nicht, daß man bei fraglich werdender Prosperität nicht angestaute Schulden tilgen kann, ohne daß alle den Gürtel enger schnallen. Und bis heute mag keine der gesellschaftlichen Gruppen, am allerwenigsten die Gewerkschaften, erkennen, daß sie in einer solchen Lage sich nicht verstärkt den modisch gewordenen Machtkampfspielen um Einkommensverteilung und Mitbestimmung zuwenden und den staatlichen Instanzen das Recht der letzten Entscheidung streitig machen können. Denn es handelt sich in erster Linie hier nicht um ein Recht, sondern um eine Pflicht, die niemand dem Staate abnehmen kann.

Die Bundesregierung steht heute vielleicht vor der undankbaren, auf jeden Fall aber unvermeidlichen Aufgabe, endlich die Probe aufs Exempel zu machen und den Staats- und Wirtschaftsbürgern in harter Auseinandersetzung mit den allzu mächtig und anspruchsvoll gewordenen Vertretern gesellschaftlicher Gruppen die ganze Wahrheit plausibel zu machen. Dazu gehört auch der Mut, Fehler der Vergangenheit, auch die eigenen, zuzugeben. Die Oppositionsparteien hätten allen Grund, der Regierung dabei nicht in den Rücken zu fallen. Sie hätten sonst selbst keine Chance mehr, die immer schwerere werdende Regierungsbürde tragen zu können.